

den Wert des Zentrumsgeistes und seine charakteristische Einstellung zu den brennenden Fragen der Gegenwart." Das ist nichts anderes als eine Kampfanzeige im großen Stille, wie sie den Wünschen der Sozialdemokratie entspricht. Der Zweck der Werbung ist, das Zentrum so in die Enge zu treiben und zu erschüttern, daß ihm keine andere Wahl bleibt, als entweder einander in fallen oder sich wieder nach links zu orientieren und seine äußere Geschlossenheit durch das Opfer seiner autoritativen und konservativen Ueberzeugung zu erkauften; wobei der Begriff konservativ nicht parteipolitisch, sondern im allgemeinen Sinne als Gegensatz zum linksradikalen Sozialismus zu nehmen ist. Es läßt sich indessen schon heute absehen, daß der Vorkämpfer Dr. Wirths von seinen politischen Impulsen erbebtlich überfordert worden ist. Die Rechnung mit dem Wirth ist vorläufig ohne Wert gemacht, und es wird daher den Traktanten, die hinter ihm stehen, schwerlich gelingen, ihr Ziel zu erreichen, sondern es dürfte sich sehr bald erweisen, daß härter als der Wille Dr. Wirths zur Fortleitung seines Kampfes die Entschlossenheit der Zentrumspartei ist, ihrer Rechtsorientierung gemäß ihrer beim Reichstagsabschluß erlassenen Kundgebung, auch in der nächsten Zeit bei den bevorstehenden früheren Kultur- und kirchenpolitischen Gesetzgebungsarbeiten und zumal bei dem Reichsschulgesetz trenn zu bleiben.

Wann abzuwarten ist die sozialdemokratische Unterstellung, die Verankerung der Konfessionsschule im Reichsschulgesetz sei eine Morgengabe an das Zentrum zum Dank für dessen Unterstützung der Steuer- und Zollpolitik. Nichts ist vielmehr, daß die Rechtsparteien schon längst auf dem Standpunkt der drei Grundforderungen des Entwurfes gestanden haben: keine Verminderung der Zahl der bestehenden Konfessionsschulen, Sicherung aller notwendigen Lebensbedingungen dieser Schulart und relative Durchbringung des gesamten Unterrichts auch in den Gemeinschaftsschulen. Diese Stellungnahme entspricht durchaus der Ueberzeugung der Mehrheit der Erziehungsberechtigten, daß noch heute, wie früher, die Konfessionsschule die vollwertigste Erziehungsschule darstellt. Wenn eine Minderheit damit nicht einverstanden ist, so steht ihr, soweit sie religiös gesinnt ist, die Gemeinschaftsschule und sonst die weltliche sowie die Weltanschauungsschule zur Verfügung, wodurch Verfassung und Gewissensfreiheit in vollem Maße gewahrt sind. Die Ausfälle der Linken gegen die Konfessionsschule beweisen lediglich, daß die Absicht dahin geht,

diese Schulart überhaupt zu beseitigen, um auf den Trümmern die Kleinherrschaft der völlig religionslosen weltlichen Schule aufzurichten.

Ueber Einzelheiten des Entwurfes sind gewiß Meinungsverschiedenheiten möglich, und sie werden zwischen den Rechtsparteien sachlich ausgetragen werden. Vor allem erscheint die Bestimmung bedenklich, daß besondere Beauftragte der Religionsgesellschaften ausreichende Gelegenheit erhalten sollen, dem Religionsunterricht beizuwohnen und solche Lehrer, die nach der Meinung der Beauftragten den Religionsunterricht nicht genügend bekenntnistreu erteilen, der Landesregierung namhaft zu machen. Zwar wird ausdrücklich hinzugefügt, daß beratende Kommissare nicht beauftragt seien, Verfügungen zu erlassen oder eine Aufsicht auszuüben, aber es ist ernstlich zu fürchten, daß die Lehrerschaft eine solche Regelung allgemein als eine verdeckte Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht empfinden wird. In diesem Punkte sind die Lehrer äußerst mißtrauisch, und selbst solche Kreise unter ihnen, die sich auf dem Boden der Bekenntnistreue stehen, wollen von einer Berufserschwerung der Entwicklung von der reinen Sachaufsicht zur geistlichen Schulaufsicht schlechterdings nichts wissen. Mit dieser Stimmung muß unbedingt gerechnet werden. Die gegenwärtige Haltung hat diesen schwachen Punkt des Entwurfes mit sicherem Instinkt sofort herausgefunden und Demokraten eifern mit Sozialdemokraten um die Wette, um durch das Schlagwort der „Auslieferung der Schule an die Kirche“ Wirkung zu erzielen. Den Rechtsparteien liegt es ob, der Agitation von vornherein die Spitze abzubrechen, indem sie sich auf eine Fassung einigen, die keinen Zweifel darüber läßt, daß das unbestreitbare staatliche Aufsichtrecht über das gesamte Schulwesen unangetastet bleibt und der berechnete kirchliche Einfluß auf den Religionsunterricht sich streng innerhalb seiner besonderen Zweckbestimmung hält; es darf keinesfalls in dem Lehrer die Empfindung aufkommen, daß er von geistlicher Seite bevormundet werde. Im ganzen kann es für die Rechtsparteien nur die gleiche Richtschnur geben, wie bei den Zoll- und Steuervorlagen: keine Verschleppung bei der Erledigung des Entwurfes und rücksichtslose Niederwerfung aller Obstruktionversuche. Der linksradikale Sozialismus muß in demselben Augenblick sein Ziel gegen das Reichsschulgesetz verloren haben, wo er einseht, daß die Wirthsche Partei nicht zu gewinnen ist, und daß das Zentrum fest bleibt.

**Ende der sozialistischen Gewerkschaftslagerung.**

Dresden, 4. Sept. Am letzten Verhandlungstage des sozialistischen Gewerkschaftskongresses stand die Organisationsfrage zur Debatte. Eine Entschließung des Bundesvorstandes, die für die Förderung der Industrieorganisationen eintritt, fand Annahme. Die Gewerkschaften sind gehalten, namentlich bei gemeinsamen Lohnverhandlungen die maßgebenden Grundzüge der Bundesbeschlüsse zu befolgen. In der Förderung der Bundesorganisationen sind die Industrieorganisationen zur vereinzelten Form und der Industrieorganisationen zur inneren Geschlossenheit sei die Macht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begründet. Nach der Wiederwahl des Bundesvorstandes wurden die Bundesorganisationen beraten. Eine internationale Kundgebung, bei der die Vertreter Schwedens, Dänemarks, Desterreichs, Frankreichs, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Ungarns und Belgiens ihre Sympathie zum Ausdruck brachten, bildete den Schluß des geschäftlichen Teiles des Gewerkschaftskongresses, ausklingend in einem Hoch auf die deutschen und die internationalen Gewerkschaften. Am Abend fand ein Fackelzug statt. (T. U.)

**Neues Schlichtungsverfahren für die Eisenbahner.**

Berlin, 7. Sept. Das Reichsarbeitsministerium hat den Gewerkschaften der Eisenbahner das Schreiben, in dem die Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens gefordert wird, bekräftigt und erklärt, daß das Schlichtungsverfahren einleitet würde. Der Zeitpunkt der neuen Verhandlungen sowie der Name des Schlichters stehen bisher noch nicht fest.

**Vom 17. September an Fortsetzung der Barmal-Untersuchung.**

Berlin, 5. Sept. Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages für die Vorgänge bei der Preussischen Staatsbank tritt nach der Sommerpause am Donnerstag, 17. September, nachmittags 2 Uhr, wieder zu einer Tagung zusammen, die sich über mehrere Tage erstrecken und wahrscheinlich den Abschluß der Untersuchungen des Ausschusses bringen wird. (B. T. B.)

**Das Verfahren gegen Weich eingeleitet.**

Berlin, 5. Sept. Das auf Grund der Beschuldigungen der Herren Baumeister und Leopold gegen den Regierungsdirektor im Polizeipräsidium Weich eingeleitete Verfahren ist eingeleitet worden.

**Neue Verordnung der Rheinlandkommission.**

Koblenz, 4. Sept. Am 7. September tritt eine neue Verordnung der Rheinlandkommission in Kraft, die bestimmt: Jedem Einwohner des besetzten Gebietes ist es, sofern er nicht in Artikel 174, 175 und 194 des Friedensvertrages vorzulesenden Dienstverhältnisse eingegangen ist, untersagt, im unbesetzten Deutschland an irgendwelchen theoretischen oder praktischen Militär- oder Seemannslehre, irgendwelchen weissen, Kriegsmarine, oder ähnlichen Formationen oder öffentlichen oder privaten Organisationen anzugehören, die Militär- oder Kriegsmarineunterricht oder Kriegsmarineausbildung bezwecken, wenn diese Organisationen ihren Sitz außerhalb des besetzten Gebietes haben. Diejenigen, die eins der im vorstehenden Absatz verzeichneten Dienstverhältnisse eingegangen sind, dürfen nach ihrer Entlassung ohne besondere Erlaubnis der Rheinlandkommission nicht ins besetzte Gebiet zurückkehren. Demzufolge sind die Bürgermeister verpflichtet, den Delegierten der Rheinlandkommission derartige ihnen bekannte Verhältnisse anzuzeigen. Die Verordnung ist auch im Gebiete des Brückenkopfes Recht anwendbar. (B. T. B.)

**Preussische Landtagsanfrage wegen der Ruhrschäden.**

Berlin, 5. Sept. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat folgende große Anfrage eingebracht: Durch die rechtschwerdige Besetzung des Ruhrgebietes sind den von der Besetzung betroffenen Gemeinden und einer Anzahl von Personen große Schäden erwachsen. Welche Maßnahmen hat das Staatsministerium getroffen und welche Maßnahmen gedenkt es zu treffen, um den Geschädigten zu helfen, noch ehe durch das Reich eine endgültige Entschädigung erfolgt? (B. T. B.)

**Verhandlungen mit Nanzen in Berlin.**

Berlin, 5. September. Heute vormittag traf Professor Nanzen in Berlin ein. Er wurde von Vertretern des Reichsverkehrsministeriums, u. a. von Ministerialdirektor Brandenburg, empfangen. Um 11 Uhr begann im Reichsverkehrsministerium in Anwesenheit des Ministers Krohne eine Besprechung, die bis gegen 12 Uhr andauerte. Im Anschluß daran war ein Frühstück vorgesehen, an dem auch Dr. Gdener teilnahm. Professor Nanzen und Dr. Gdener haben sich hierbei über die Pläne zur Erforschung des Nordpolgebietes mit Luftschiff unterhalten. Professor Nanzen befindet sich auf der Durchreise nach Genf.

**Die Manöver der Reichswehr.**

Berlin, 4. Sept. Im Gegensatz zu den letzten Jahren, wo nur bei einigen Reichswehrdivisionen Manöver stattfanden, halten in diesem Monat sämtliche sieben Infanteriedivisionen der Reichswehr Feldmanöver ab. Die Reiterregimenter der Kavalleriedivisionen werden auf die Infanteriedivisionen verteilt. Die gesamte Reichswehr läßt in diesem Jahre auch außerhalb der Truppenübungsplätze im freien Gelände. Als Manövergebiete sind ausgewählt: Für die 4. die schlesische Division die Gegend im westlichen Ergebirge; für die 1. Division die Gegend um Deutsch-Eulau; für die 2. Division um Neubrandenburg; für die 3. Division um Görtz; für die 5. Division um Erfurt; für die 6. Division um Minden und für die 7. Division die Gegend um Regensburg. Ebenso wie in der Vorkriegszeit, beginnen die Manöver durch Kämpfe kleinerer Detachements, um schließlich in den größeren Verbänden zu enden. Einige Manöver schließen mit den Hauptmännern der verammelten Truppen ab; so bei der 2. Division, an deren letztem Übungstage bekanntlich auch der Reichspräsident v. Hindenburg teilnehmen wird. Nicht zum wenigsten bezwecken die Manöver eine engere Fühlungnahme der Soldaten mit der Bevölkerung.

**Eine Schlacht bei Tetuan.**

**Erste Lage der Spanier.**

Paris, 5. Sept. Wie dem „Journal“ aus Madrid berichtet wird, ist General Primo de Rivera, der vorerstern Abend nach Melilla abgereist war, das über Kopf nach Tetuan zurückgekehrt, weil die Lage an der Westfront der spanischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden ernst geworden ist. (T. U.)

**Primo de Rivera mahnt zum Durchhalten.**

Paris, 5. Sept. Nach Madrider Meldungen hat Primo de Rivera dem Madrider „Abc“ eine Erklärung abgegeben, daß die bevorstehende Offensive gegen Abd el Krim große Anstrengungen der Nation erheische. Man müsse große Opfer bringen, da sonst die Uebergriffe Abd el Krims zunehmen würden. Primo de Rivera wies auf die technische Ausrüstung der Militäre hin und sagte, sie verfügten über hundert Kanonen und 60 000 Gewehre und haben ein kräftiges Oberkommando. Die geringste Schwäche im gegenwärtigen Augenblick könnte schweren Schaden zufügen. (T. U.)

**Sueida gefallen?**

Jerusalem, 5. Sept. Meldungen von drussischer Seite besagen, daß am 2. September die Zitadella von Sueida durch die Truppen eingenommen worden sei, wobei 150 Franzosen gefangen und zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet worden sei. Eine Bekräftigung dieser Meldung war nicht zu erlangen. (B. T. B.)

**Syrische Vertreter in Genf.**

Genf, 5. Sept. Als Vertreter Syriens auf der Völkerbundtagung sind Emir Fekih Kslian und Dr. Fekih Ksrian am 5. Sept. in Genf eingetroffen. Sie werden am 7. September bei der Eröffnung der Vollversammlung des Völkerbundes eine Protestnote gegen die französischen Uebergriffe einreichen. (T. U.)

**Die Gegenfäße in der K. P. D.**

**Chemnitz für Moskau.**

Berlin, 5. September. Wie der „Roten Fahne“ aus Chemnitz berichtet wird, hat die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Erzgebirge-Bozland am 30. August eine Resolution mit allen Stimmen bei einer Enthaltung angenommen, in der sich die Bezirksleitung mit den Beschlüssen und Maßnahmen der Exekutive und des Zentralkomitees zur Erledigung der Krise der K.P.D., insbesondere mit dem Brief Maslow an die Partei, einverstanden erklärt. Es wird anerkannt, daß die scharfe Kritik der Exekutive völlig zutrifft. Die Bezirksleitung werde mit aller Energie daran arbeiten und das Zentralkomitee mit allen Mitteln unterstützen, um die festgestellten Fehler rasch zu beseitigen und eine wirkliche Volkswirtschaft in der Tat und nicht in Worten durchzuführen, um damit die größte Verbesserung für die Moskauer Kommunisten zu erwirken. Die Bezirksleitung, heißt es dann am Schluß, sei sich bewußt, daß ultralinke und rechte Fraktionsmache die jegliche Auseinandersetzung für ihre Fraktionszwecke auszunutzen versuchen und werde die Exekutive und das Zentralkomitee in der Durchführung der jetzt befristeten Linie gegen alle Durchkreuzungsversuche unterstützen.

**Berlin dagegen.**

Berlin, 5. Sept. Die Berlin-Brandenburger Bezirksleitung der Kommunistischen Partei hat an Maslow, den abgelehnten Vorsitzenden, folgendes Telegramm geschickt:

„Deute verammelte Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, an wichtiger Entscheidung zusammengetreten, sendet Dir, unserem langjährig vertrauten Kampfgesossen, heiße Kampfgrüße. Die Berliner K. P. D. wird sich durch nichts die unter Deiner tatkräftigen Hilfe in schweren Jahren des gemeinsamen Kampfes erwungene Tradition im Bereichungssampf der deutschen und internationalen Arbeiterklasse nehmen lassen. Der fanatische Haß unserer Klassenfeinde, durch den Staatsgerichtshof gegen Dich gerichtet, ist Bekräftigung Deiner unerschrockenen, aufrechten, konsequenten revolutionären Arbeit im Geiste Lenins und im Geiste der Kommunisten für die deutsche Revolution und für Sowjetrußland. Vertrau auf uns in jeder Situation! Dir unseren Dank!“

Der Sinn dieser Kundgebung, die den Leipziger Prozeß lediglich als äußeren Anlaß benutzte, ist: Festhalten an der Richtung Maslow-Rußland. Technische Kundgebungen liegen noch mehr vor.

**Kommunienverhältnisse in Algier.**

Paris, 4. Sept. Der bekannte Kommunienführer Daxiel und fünf andere Kommunien sind in Algier verhaftet worden. Die Kommunien waren auf dem Wege nach Marokko. (T. U.)

**Pessimismus über die „Zhenandoah“-Katastrophe.**

New York, 5. Sept. Die Zeitungen widmen der Zerstörung der „Zhenandoah“ lange Artikel. Die Kommentare bewegen sich im allgemeinen in der Richtung, daß die Luftschiffahrt in Amerika aufgegeben werden soll. (T. U.) „New York Herald“ schreibt, daß die Geschichte der Luftschiffahrt eine Geschichte der Katastrophen sei. Es sei zu hoffen, daß die der „Zhenandoah“ die Regierung von der Notwendigkeit überzeugen werde, auf gefährliche Experimente zu verzichten. Marineminister Pillsbury hat erklärt, die Katastrophe der „Zhenandoah“ stelle die endgültige Verurteilung der Luftschiffahrt dar. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Station von Lakehurst aufgehoben werde, erklärte Pillsbury, daß er darauf weder mit Ja noch mit Nein antworten könne. Der Eroberung der Luft länden noch gewaltige Schwierigkeiten entgegen. Man brauche sich also noch nicht mit der Verteidigung gegen feindliche Flugzeugarmeen zu beschäftigen.

**Die Luftflotte Amerikas.**

Mit der „Zhenandoah“ ist, wenn man den amerikanischen Zeppelin „Los Angeles“ außer acht läßt, das letzte, aber nicht das einzige amerikanische Luftschiff zerstört worden. Amerika hat nämlich eine recht beträchtliche Luftflotte, die aus insgesamt vierzehn Luftschiffen besteht. Wenn im allgemeinen von diesen Luftschiffen wenig die Rede ist, so liegt das daran, daß die anderen Luftschiffe nicht den modernen Anforderungen entsprechen, die an ein Luftschiff gestellt werden müssen. Nur die „Zhenandoah“, die bekanntlich eine Nachahmung der „deutschen Zeppeline“ ist, ist tatsächlich das einzige moderne Luftschiff gewesen, über das Amerika verfügte, soweit Amerika selbst Luftschiffe gebaut hat. Von den 14 Luftschiffen sind neun, für den Seeresdienst und fünf für den Dienst der Marine bestimmt. Die amerikanische Flotte verfügt über zwölf Luftschiffe unkonventionellen Systems, während zwei Luftschiffe konventionellen Systems waren. Die vorhandenen Luftschiffe werden jetzt nur noch zu Übungszwecken benutzt.

**Die ersten Zeugen im Prozeß Maslow.**

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Leipzig, 5. Sept. Am fünften Verhandlungstage wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Zunächst werden der Kriminalbetriebsassistent Bunde und der Kriminalkommissar Bonah vom Berliner Polizeipräsidium vernommen. Sie sagen im wesentlichen aus, wo die unter Anklage stehenden Schriftstücke im einzelnen gefunden worden sind. Kriminalkommissar Bonah betont weiter, daß Maslow bei seiner Verhaftung einen solchen Haß bei sich gehabt, aber sofort seinen richtigen Namen genannt habe. Sodann wird der Schlosser Alfred Felsche aus Schwiebus vorgerufen, der über eine Bezirksleitungsabteilung am 14. Oktober 1923 Aussagen macht, die von dem Leiter der Abteilung Land der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Kraworsch, einberufen worden war. Es folgt die Vernehmung der jetzt 21-jährigen Stenotypistin Anna Schupfand, die bereits aus dem Tscheka-Prozeß bekannt ist. Die Vernehmung der Zeugin ergibt nichts Besonderes, da sie sich auf nichts mehr bekennen kann. Sie gibt an, in der Hauptfrage für den Angeklagten Goleniewa geschrieben zu haben, ohne sagen zu können, was — Kriminalassistent haben gibt an, daß seines Wissens Maslow allgemein als „Max“ bezeichnet wurde. „Andere Mäße“ in der kommunistischen Partei seien ihm nicht bekannt.

Sodann wird der Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Poligt über die von Maslow in der Past geschriebene Abhandlung über die russische Revolution vernommen. Er bekundet: Es sind von Maslow verschiedentlich handschriftliche Manuskripte und auch Korrekturen abgehoben, die eine historische Darstellung der russischen Revolution enthalten. Die Tendenz der ganzen Schrift war aber weder meinem Hilfsarbeiter Assessor Verneke noch mir aus den einzelnen Blättern ersichtlich, und so haben wir sie durchgeben lassen. Jedenfalls habe ich nach einer Unterredung mit Reichsanwalt Dr. Neumann wegen der Gefährlichkeit der Prosküre ihre Ausshändigung an Maslow und die anderen Untersuchungsgefangenen verboten.

Auf verschiedene Fragen des Vorsitzenden verbreitet sich der Zeuge über die Organisation der Revko. Die Luftschiffahrt in militärtechnischer Beziehung mit der Leitung Berlin-Brandenburg gearbeitet. Ob die Angeklagten über die Aufgabe und die Tätigkeit der Revko unterrichtet waren, weiß der Zeuge nicht. Als letzter Zeuge wird der Lehrer und Abgeordnete des anhaltischen Landtages Böse vernommen. Dem Zeugen sind die Angeklagten bekannt, Maslow seit 1920 oder 1921.

Darauf wird die Verhandlung 12 Uhr auf Montag vormittag 9 Uhr vertagt.

**Peize**  
Form Ausarbeitung Qualität  
unerreicht bei kleinen Preisen

Persianer -Mantel	Mk. 1950,-
Nutria	" " 1850,-
Seal-Bleam	" " 1550,-
Seal-Kanin	" " 375,-

**Putz-Salon**  
neu eröffnet  
Hüte von Mk. 18,00 an

**SALM-SPIEGEL**  
8 Sidonienstraße 8